



## Geronimo

Im Januar dieses Jahres bin ich in der Wüste New-Mexicos ein gutes Stück an der mexikanischen Grenze entlanggefahren: dreifacher, Stacheldraht überzogener Zaun, ergänzt durch Scheinwerfer, Kameras und einen Kontrollweg. Dagegen wirkt die ehemalige Berliner Mauer wie eine Legowand. Mexikaner, die hier ohne Papiere erwischt werden, kriegen nach Guantanamo-Manier orangefarbene Hemden verpasst und werden in Käfige gesteckt, die man an der Strasse stehen sieht.

Gegen drei Uhr nachmittags biege ich ab ins Landesinnere. Ein langes, gerades Band zieht sich durch eine steinige Wüste, in der nichts wächst ausser ein paar Agaven und Dornbüschen. Der Himmel metallischblau, nicht eine Wolke am Horizont. Ein Schild kündigt ein Monument von nationaler Bedeutung an, das eine halbe Meile weiter am Strassenrand steht. Ich halte vor einer 1934 errichteten Säule mit der Inschrift: «Hier ergab sich Geronimo am 6. September 1886. Damit war der Krieg gegen die Indianer zu Ende.»

Lässt sich der Krieg gegen Einheimische mit einem Kampf gegen Eindringlinge vergleichen? Die Wortwahl erstaunt mich nicht weiter, dafür aber die vollkommene Stille, die sich ausbreitet,



als ich den Ventilator meines Wagens abstelle. Ich blicke zum Himmel und entdecke einen majestätischen Aasgeier, der über dem Obelisk seine Kreise zieht. Wartet er darauf, dass ich eine Tüte Chips oder eine Orange für ihn liegen lasse? Oder hat er es auf mich abgesehen? Leicht beunruhigt steige ich wieder ins Auto.

Die Strasse schnurgerade, so weit das Auge reicht. Manchmal verbirgt eine leichte Steigung ihren weiteren Verlauf. Hinter einer solchen Anhöhe versperren

*Fortsetzung Seite 2*

**Doppel-Referendum:**

**Sofort unterschreiben!**

Am 28.2. waren erst 38356 respektive 55555 (unbeglaubigte) Unterschriften gegen das AuG- und das Asylgesetz gesammelt. Nun zählt jede Unterschrift!

**Bogen in der Heftmitte**  
**[www.doppelreferendum.ch](http://www.doppelreferendum.ch)**

### Europa

Asylrecht oder  
Asylverweigerungsrecht?

Seite 3

### MigrantInnen- Landsgemeinde

Rückblick und Manifest

Seiten 5 – 6

### Reservieren

Grossdemo 17. Juni 2006

Seite 12

Neue Webseite

## Neustart für [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

**Vor einem Jahr in Angriff genommen, ist nun das Projekt einer neuen Website für Solidarité sans frontières abgeschlossen. Ein modernes Content Management System (CMS) ermöglicht heute die einfache Aktualisierung durch das Sekretariat.**

Der bisherigen Webmasterin Flavia Vattolo und ihrem Team von der Firma *weave.ch* ist es gelungen, die Ansprüche von Sosf an eine moderne Internet-Präsenz zu erfüllen. Über eine einfache Navigation oder über die Volltextsuche können BesucherInnen die gewünsch-

ten Informationen finden. Modernisiert und in die Seite integriert wurde auch das elektronische Who-is-Who, ein aktuelles Adressverzeichnis aus dem Asyl- und Migrationsbereich.

Grundsätzlich ermöglicht das eingesetzte CMS *contenido* durchgängig die Mehrsprachigkeit. Allerdings sind viele Texte leider nur in einer Sprache – meist deutsch – verfügbar. Aus diesem Grund freut sich Sosf über Freiwillige, welche bereit wären, einen oder mehrere Texte auf Französisch zu übersetzen. Ebenso sind wir dankbar für alle Spenden, welche die professionelle Übersetzung wichtiger Dokumente oder das Einrichten neuer Module ermöglichen.

**Auch für Kampagnen verwendbar**

Das neue System kommt übrigens nicht nur für die Homepage [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch) zum Einsatz. Auch die Kampagne «Ohne uns geht nichts.» ([www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch)) und die Website für das Doppelreferendum ([www.doppelreferendum.ch](http://www.doppelreferendum.ch)) werden damit verwaltet. Sie sind grafisch gleich gestaltet, können aber durch eine andere Hauptfarbe dennoch klar voneinander unterschieden werden. Bei der Stichwortsuche werden auch diese Kampagnenseiten durchsucht.

Balthasar Glättli



*Militärischer Konvoi in der Wüste von Mauretanien*

## Die Bilder in diesem Heft

Die Schweiz hat es gut: Das Elend der Aussengrenzen Europas ist weit weg, die Debatte um das Asyl- und das Ausländergesetz wird nicht gestört durch die Bilder vom Stacheldraht der mehrere Meter hohen Zäune, die – zum Beispiel in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla auf der afrikanischen Seite des Mittelmeeres – den Zugang zum reichen Europa versperren. Die Gewalt, die auch mit der schweizerischen Politik der Abschottung verbunden ist, findet woanders statt. Helena Maleno hat für die Zeitschrift «Mugak» nicht nur die Zäune, sondern auch die Menschen fotografiert, die die Zäune zu überwinden versuchten und anschliessend wieder aus Europa ausgeschafft wurden. Solidarité sans frontières dankt Mugak für die kostenlose Überlassung der Bilder.

*Fortsetzung von Seite 1*

plötzlich drei Fahrzeuge die Strasse. Ein Wagen der Grenzwa- che und ein LKW haben einen dieser kleinen U-Haul-Lieferwagen, die man für Umzüge mietet, eingekeilt. Ich halte an.

Mit gezückter Waffe nähern sich die Beamten dem Lieferwagen und fordern den Fahrer auf, die Türen zu öffnen. Alles weitere geht langsam vor sich. Zuerst öffnet sich die zweiflügelige Metalltür einen Spalt, dann ganz. Drinnen kauern zwanzig junge Männer, die mit erhobenen Händen herausklettern. Braune Hautfarbe, mexikanischer Schnurrbart, wie legal Einreisende sehen sie gewiss nicht aus. Sie steigen auf die vergitterte Ladefläche des Zoll-LKWs. Er gleicht den Viehtransportern, mit denen man bei uns die Kälber von der Alp holt. Ist der Krieg gegen die Indianer wirklich zu Ende?

Daniel de Roulet

*Übersetzung:  
Maria Hoffmann-Dartevelle*

Parlamentarische Sternstunden sind kurz

## (Kein) Flüchtlingsschutz in Europa

**Im Dezember 2005 beschlossen die EU-Innenminister eine Asylverweigerungsrichtlinie. Das EU-Parlament hüllt sich in Schweigen.**

Ohne Aussprache haben die EU-Innen- und Justizminister am 1. Dezember 2005 die so genannte Asylverfahrensrichtlinie verabschiedet. Ursprünglich sollte diese Richtlinie die Mitgliedstaaten an gemeinsame «Mindestnormen für Asylverfahren» binden. Durch rigide Drittstaatenregelungen bewirkt sie genau das Gegenteil: Sie ermöglicht eine weitgehende Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in Herkunftsregionen oder Transitstaaten. Selbst Staaten, die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert haben, dürfen nun als «sicher» qualifiziert werden. Die EU umgibt sich nun mit einem Ring angeblich «sicherer Drittstaaten». Die Nachbarregionen Europas werden diesem Beispiel folgen. Dieser Dominoeffekt gefährdet das noch existierende internationale Flüchtlingsschutzsystem.

Zwei Monate zuvor, am 27. September 2005, hatte das EU-Parlament diese Vorlage in zentralen Punkten zurückgewiesen. Die klare Botschaft der ParlamentarierInnen: Europa braucht mehr Flüchtlingsschutz, mehr Rechte für Flüchtlingskinder und keine Drittstaatenregelung nach deutschem Modell. Das Parlament zeigte dem Ministerrat die rote Karte. «Wir haben deutlich gemacht, dass er hier nicht ohne unsere Mitentscheidung walten kann, wie es ihm beliebt, und gut beraten wäre, unsere Änderungsvorschläge zu berücksichtigen», kommentierte damals der

zuständige Berichterstatter Wolfgang Kreissl-Dörfler das Votum des Europaparlaments. Wenn das Europaparlament Muskeln zeigt, bezeichnen die KommentatorInnen dies gerne als «Sternstunde der Demokratie».

### **Völkerrechtswidrig und undemokratisch**

Wenige Tage nach dem klaren Bekenntnis des Parlaments zum europäischen Asylrecht haben die Dramen in Ceuta und Melilla auf grausame Art die europäische Realität beschrieben. Die EU-Staaten sind bei der Durchsetzung ihres Flüchtlingsbekämpfungsprogramms bereit, sich immer mehr den Menschenrechtsstandards der Herkunftsländer anzugleichen. Europa forciert die Auslagerung des Flüchtlingsschutzes ohne Rücksicht auf internationale Schutzabkommen oder die Menschenrechtssituation in den Transitstaaten und Herkunftsregionen. Die Ausschaffungen der Flüchtlinge aus den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla nach Marokko bedeuten nichts anderes als einen Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

### **Eure Beschlüsse sind uns wurst**

Mit ihrer Entscheidung vom Dezember haben die EU-Innenminister diese völkerrechtswidrige Praxis in EU-Recht gegossen und gezeigt, wie es um die europäische Demokratie bestellt ist. Ihre Botschaft an das Parlament: «Eure Beschlüsse sind uns Wurst.» Mitentscheiden darf das Parlament erst in der nächste Etappe der Harmonisierung. Für den Bereich des Asylrechts verwei-



gern die Minister diesen bereits für 2004 geplanten Beschluss weiterhin. Sie wollen in Europa nach wie vor schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Das Votum des Parlaments, die Bedenken des UNHCR und der Menschenrechtsorganisationen wurden völlig ignoriert.

Die EU-Innenminister haben nicht den Grundstein für ein gemeinsames Asylsystem gelegt, wie sie in ihren Presseerklärungen behaupten. Sie haben vielmehr ein kollektives Asylverhinderungsprogramm beschlossen – ein trauriger Tag für Europa und ein fataler Rückschritt für den internationalen Flüchtlingsschutz.

Was die Sache vielleicht noch trauriger macht: Dieser Vorgang fand kaum öffentliches Interesse. Der Parlamentsberichterstatter Kreissl-Dörfler schwieg, und auch sonst war aus dem Europaparlament kein Aufschrei zu hören. So schnell können Sternstunden vergehen.

Karl Kopp  
Pro Asyl Deutschland

*Asylsuchende in ihrem Haus in Rabat, bevor die marokkanische Polizei ihren Mann abholte, um ihn in die Wüste zu deportieren*

Melilla und Ceuta

## Die Südgrenzen Europas

**Die Ereignisse rund um die spanischen Enklaven auf dem afrikanischen Kontinent haben Ende September/Anfang Oktober 2005 die blutige Wirklichkeit der europäischen Grenzen veranschaulicht.**

Im Herbst 2005 begannen viele BürgerInnen Europas zu verstehen, worum es tatsächlich geht, wenn offiziell die Rede ist von der «Kontrolle der Migrationsströme aus Afrika im Bereich der Meerenge von Gibraltar». Die offiziellen Verlautbarungen präsentieren die angebliche Abschirmung der Grenzen durch das Integrierte Überwachungssystem SIVE, das scheinbar völlig schmerzfrei den Zugang nicht erwünschter Einwanderer verhindere. In die technische Ausgestaltung dieses Systems mit akustischen Sensoren, Video- und Infrarotkameras etc. wurden seit 2003 insgesamt 113 Millionen Euro investiert (2003: 29 Mio., 2004: 32 Mio.,

2005: 52 Mio Euro). Das verharmlosende Bild ist in seine Einzelteile zersprungen.

An seine Stelle sind Bilder und Nachrichten ganz anderer Art getreten:

- afrikanische Menschen, die versuchten, die Sperrgürtel rund um Ceuta und Melilla zu überwinden und dabei im Stacheldraht der Zäune hängen blieben – Zäunen, die jenen gleichen, die die Konzentrationslager umgaben, an die sich Europa mit Trauer erinnert.
- der Aufmarsch spanischer und marokkanischer Truppen an diesen Zäunen
- Tote und Verletzte, die der Einsatz dieser Truppen hinterliess (fünf Erschossene in Ceuta am 2. Oktober, weitere sechs in Melilla vier Tage später, zusätzlich zahlreiche Personen mit Schuss- und anderen Verletzungen)
- die Übergabe Dutzender Personen, darunter politische Flüchtlinge, von Spanien an Marokko
- der Versuch der marokkanischen Behörden, sich dieser Personen zu entledigen, sie in der Wüste auszusetzen,

wo viele von ihnen den Tod gefunden haben dürften.

Die Bilder und Nachrichten haben den Kern der Politik, die Spanien und die EU auf diesem Gebiet praktizieren, auf brutale aber klare Art und Weise offen gelegt: Die Verhinderung des Zugangs nach Europa, die Abschottung der Grenzen, bringt Leid, Ungerechtigkeit, Gewalt, den Tod von Tausenden und Abertausenden von Personen. Der gerade veröffentlichte Bericht der andalusischen Menschenrechtsvereinigung «APDHA» über die klandestine Einwanderung (siehe unter [www.apdha.org](http://www.apdha.org)) dokumentiert, dass im Jahre 2005 mindestens 368 Menschen beim Versuch gestorben sind, die spanischen Küsten in Booten zu erreichen. Die Dunkelziffer dürfte bei etwa 700 Toten liegen.

Peio M. Aierbe

*Peio M. Aierbe ist Redakteur der in San Sebastián/Donostia erscheinenden Zeitschrift «Mugak»*

Europa von links unten (3) – Mugak

## SOS Rassismus im Baskenland

«Mugak», das baskische Wort für Grenzen, ist gleichzeitig der Titel einer Zeitschrift und der Name des Studien- und Dokumentationszentrums über Einwanderung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, in dem diese Zeitschrift produziert wird. Hinter beiden steht die Organisation SOS Rassismus im Baskenland. Die Zeitschrift erscheint seit mittlerweile zehn Jahren jeweils vierteljährlich und kostet im Jahresabonnement 19 Euro (22 Euro für Institutionen). In einigen Monaten soll ihr Inhalt auch auf dem Internet abrufbar sein.

Das Zentrum führt eine umfangreiche, seriös katalogisierte bibliographische Dokumentation. In der eigenen Bibliothek finden sich neben Zeitschriften und Videos rund tausend Bücher. Mit Seminaren, Vorträgen, Ausstellungen, Film- und Diskussionsabenden betreibt das Zentrum eine Sensibilisierungsarbeit. Sein «Observatorium der Unterschiedlichkeit» analysiert das Bild, das die Medien über die eingewanderte Bevölkerung verbreiten. Das seit 1995 betriebene Pressearchiv ist die Grundlage einer täglichen Presseschau (in Spanisch), die via Internet an alle Interessierten verbreitet wird.

Mugak, Peña y Goñy, 13 - 1º E - 20002 Donostia/San Sebastian, Tel: 0034-943-32 18 11, E-mail: [mugak@mugak.org](mailto:mugak@mugak.org); Webadresse (derzeit nur in baskisch, in einigen Monaten auch spanisch: [www.mugak.org](http://www.mugak.org))



Rückblick auf die MigrantInnen-Landsgemeinde

## «Den Mut haben, böser zu sein als bisher»

**Am 17. und 18. Dezember 2005 fand in Bern die erste Landsgemeinde der MigrantInnen statt. Ein neues «Netzwerk Asyl und Migration» wurde gegründet. Es will die bereits angelaufene Referendumskampagne offensiv und längerfristig nutzen. Wir dürfen hier freundlicherweise einen konstruktiv-kritischen Artikel gekürzt abdrucken, der bereits im «m», der Mitgliederzeitung der Mediengewerkschaft comedia, erschienen ist.**

Eines ist sicher: Hätte die nichtschweizer Wohnbevölkerung ein Stimm- und Wahlrecht, wären die letzten Verschärfungen des Asylgesetzes und das neue Ausländergesetz im Parlament so nicht durchgekommen. In einem Kanton versammelt würden die mehr als 1,5 Millionen AusländerInnen in Bern von 46 NationalrätInnen, zwei StänderätInnen und zwei Mitgliedern des Bundesrates vertreten. Stattdessen müssen sie bestenfalls zuschauen, wie einige InländerInnen über zwei Texte abstimmen, die sie direkt nichts angehen, die Ausgeschlossenen jedoch hart treffen.

Um nicht abzuwarten, bis sich das ändert, trafen sich am 17. und 18. Dezember 2005 200 VertreterInnen von über vierzig Nichtregierungsorganisationen in Bern zur ersten Landsgemeinde der MigrantInnen. Schon die Vorstellungsrunde erstreckte sich über den ganzen Morgen, obwohl jede Gruppe maximal fünf Minuten zur Verfügung hatte. Die Fülle an Beiträgen aus dem In- und Ausland und die ständigen Kürzungen der vorgesehenen Pausen verhinderten danach leider einen intensiveren Austausch in den Sälen des Restaurants Mappamondo. Besonders einen eingeladenen Professor hätte man sich sparen können, der mit seinen el-

lenlangen Voten den wahren AkteurInnen der Landsgemeinde die knapp bemessene Zeit für Workshops, Podium und Diskussionen raubte.

Das «Fussvolk» liess es nicht dabei bewenden. In einer einstimmig verabschiedeten Schlussresolution am Internationalen Tag der Rechte der Wanderarbeitenden forderten die Teilnehmenden engagierte Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen auf, beide Referenden zu unterstützen und «dabei die aktive Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Asylsuchenden zu suchen». Aus dieser Debatte erhoffen sie sich eine neue Dynamik über den Referendumskampf hinaus, die:

- Möglichkeiten einer alternativen Migrationspolitik aufzeigt, die insbesondere auch die Situation der Frauen miteinbezieht und ihnen Rechte unabhängig vom Ehestatus gibt,
- die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte der Wanderarbeitenden und ihrer Familien zu unterzeichnen und umzusetzen hilft,
- Grundrechte und soziale Rechte für alle unabhängig vom ausländerrechtlichen Status zur Geltung bringt, und
- die kollektive Regularisierung der Sans-papiers durchsetzt.

Zu diesem Zweck haben die teilnehmenden Gruppierungen ein Schweizer «Netzwerk Asyl und Migration» gegründet, das dem internationalen Netzwerk MIGREUROPE angehört. Damit ist gewährleistet, dass der Info-Austausch dieses Wochenendes in einen längerfristigen Dialog münden kann. Die Landsgemeinde legte damit die Basis dafür, dass der Kampf für die Rechte aller Menschen in der Schweiz nicht wie bisher bloss ein verzweifelter Verteidigungskampf gegen immer neue Verschärfungen bleibt. In den Worten eines Podiumsteilnehmenden: «Wir waren viel zu lieb und nett. Nun, da dieser Joggel von Blocher im Bundesrat ist, müssen wir endlich den Mut haben, böser zu sein als bisher.»

Salvatore Pittà



*Vor der Rückschaffung nach Marokko noch einen Schlag ins Gesicht*

## Schlussresolution der Landsgemeinde der MigrantInnen

Am 18.12.2005 hat die erste Landsgemeinde der MigrantInnen einstimmig die folgende Resolution beschlossen:

1. Wir fordern alle engagierten Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen auf, aktiv beide Referenden zu unterstützen (gegen das Ausländergesetz und gegen die Revision des Asylgesetzes) und dabei die aktive Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Asylsuchenden zu suchen. Wir wollen keine diskriminierende Ausländerpolitik. Gleiche Rechte für alle AusländerInnen in der Schweiz: Nein zum neuen Ausländergesetz. Nein zum unmenschlichen Asylgesetz. Das Asylrecht

soll Menschen schützen und ihnen ein Leben in Würde und Sicherheit ermöglichen.

2. Wir wollen eine Debatte zur Migrationspolitik lancieren, welche über den Referendumskampf hinaus eine neue Dynamik erzeugen wird. Wir werden Möglichkeiten einer alternativen Migrationspolitik diskutieren, die insbesondere auch die Situation der Frauen mit einbezieht und ihnen Rechte unabhängig vom Ehestatus gibt.

3. Wir planen eine nationale Demo nach der Abgabe der Referenden, um den Widerstand auf die Strasse zu tragen.

4. Wir fordern die Schweiz auf, die

Internationale Konvention zum Schutz der Rechte der WanderarbeiterInnen und ihrer Familien zu unterzeichnen

5. Wir fordern Grundrechte und soziale Rechte für alle – unabhängig vom ausländerrechtlichen Status und wir fordern die kollektive Regularisierung der Sans-papiers.

6. Wir gründen ein Schweizer «Netzwerk Asyl und Migration», das dem internationalen Netzwerk MIGREUROP angehört. Die internationalen Kontakte sind wesentlich insbesondere im Hinblick darauf, dass die Flüchtlings- und Migrationsfrage heute in die Länder ausserhalb der Festung Europa exportiert wird.

MigrantInnen-Landsgemeinde:

### Das Netzwerk konkret

Um die Informationen über die Weiterentwicklung des von der MigrantInnen-Landsgemeinde begründeten Netzwerks einfach, rasch und günstig zu verbreiten, hat *Solidarité sans frontières* einen E-Mail-Newsletter eingerichtet.

Dossier aus dem  
Bulletin 1/2006 von  
*Solidarité sans  
frontières*  
Neuengasse 8  
3011 Bern

www.sosf.ch  
sekretariat@sosf.ch

T 031 311 07 70  
F 031 311 07 75

PC 30-13574-6

Dieser Newsletter erscheint ein- bis maximal viermal im Monat. Man kann sich ganz einfach selbst einschreiben (und bei Nichtinteresse auch später selbst wieder austragen) unter <http://lists.sosf.ch/mailman/listinfo/etatsgeneraux>.

Als Ergänzung zu diesem von Sosf herausgegebenen Newsletter wird ein Diskussions-Forum eingerichtet, das auf [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch) zugänglich ist und in welchem alle Mitglieder aktiv mitdiskutieren können.



*Flüchtling, von der Guardia Civil gewaltsam nach Marokko zurückgeschafft.*

### Mithilfe in Arbeitsgruppen

Alle, die aktiv in einer Arbeitsgruppe zur Realisierung der Beschlüsse in der Resolution mitarbeiten wollen, sind herzlich eingeladen, sich für die nächste Sitzung vom 6. April 2006 in Bern

anzumelden unter [sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch). Konkrete Mithilfe brauchen wir bei der Vorbereitung der Demo vom 17. Juni 2006, für das Projekt einer zweiten MigrantInnen-Landsgemeinde und für die Publikation/Übersetzung der Tagungsdokumentation.



**Cécile Bühmann, Grüne** Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, dazu sollten wir endlich stehen. Wir sollten die Menschen, die hier zugelassen sind und mit uns arbeiten, so behandeln, wie wir selbst behandelt werden möchten. Mit diesem Gesetz ist dies nicht möglich. Zudem schaffen wir verschiedene Klassen von Eingewanderten, das ist inakzeptabel.



**Claude Michéloni, Generalsekretär FIMM** Das AuG macht den Integrationsprozess zum Hindernislauf. Das Recht auf Erhalt der C-Bewilligung nach 10 Jahren Aufenthalt wird nicht garantiert sein. Die Gefahr der Willkür bei der Rechtsanwendung durch kantonale Behörden wird so verstärkt. Jahrzehntelange Integrationsbemühungen drohen zunichte gemacht zu werden.



**Balthasar Glättli, Solidarité sans frontières** Das AuG nimmt auch gut integrierten Sans-Papiers, die jahrelang unbescholten in der Schweiz leben, die Möglichkeit, als individueller Härtefall ein Bleiberecht zu erhalten. Und die neue Beugehaft ist menschenunwürdig, teuer und nutzlos.



**Yana Aleva, Unia** Es ist falsch, die Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten, krass ungleich zu behandeln. Das AuG ist eine Ohrfeige für hunderttausende Menschen in der Schweiz. Das AuG schafft neue Probleme, statt bestehende anzupacken. Die Rechtsunsicherheit in wichtigen Lebensbereichen erschwert die Integration.

## Nein zum neuen Ausländergesetz Gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung

**Das neue Ausländergesetz (AuG) ist ein Sondergesetz für 700'000 Menschen. Nämlich für jene vierzig Prozent in der Schweiz lebenden AusländerInnen, welche nicht aus der EU kommen.**

**Willkürlich.** Das AuG produziert MigrantInnen 1. und 2. Klasse

AusländerInnen werden je nach Herkunft ganz unterschiedlich behandelt. Wenn sie aus dem falschen Land kommen, erhalten AusländerInnen und Ausländer, die seit Jahren in der Schweiz leben, arbeiten und Steuern zahlen, kein Recht auf Niederlassung. Sogar SchweizerInnen, die mit AusländerInnen verheiratet sind, werden gegenüber EU-BürgerInnen benachteiligt!

**Integrationshemmend.** Das AuG reisst Familien auseinander

Das Recht auf Familiennachzug wird eingeschränkt, Kinder über 12 Jahre dürfen nur innerhalb eines Jahres nachgezogen werden.

**Indiskret.** Das AuG schafft Eheschnüffler

Das Recht auf Ehe wird eingeschränkt. Wenn SchweizerInnen eine Ausländerin oder einen Ausländer heiraten wollen, können die Standesbeamten neu als Eheschnüffler tätig werden und andere Amtsstellen, aber auch die Nachbarn oder ArbeitskollegInnen über die Beziehung befragen.

**Mittelalterlich.** Das AuG führt Beugehaft ein

Als Sonderpolizeigesetz für AusländerInnen und Asylsuchende führt das AuG neue Zwangsmassnahmen ein. Neu gibt es eine Beugehaft von bis zu zwei Jahren.

**Stattdessen fordern wir gleiche Rechte und Pflichten aller in der Schweiz lebenden MigrantInnen mit Aufenthaltssicherheit und Familiennachzug.** Das würde echte Integrationspolitik ermöglichen.

[www.auslaendergesetz-nein.ch](http://www.auslaendergesetz-nein.ch)

Nicht auseinander schneiden, nur falten, zusammenkleben, frankieren und abschicken. Nicht auseinander schneiden!



Das AuG-Referendum wird lanciert von: Grüne Schweiz, Solidarité sans frontières, FIMM Schweiz (und angeschlossene MigrantInnenorganisationen aus über 50 Nationalitäten), Comité romand contre la LEtr und unterstützt von: A. Gauche Toutel'AL-PdA-Solidarité-JAI, Association suisse des Centres sociaux protestants, Asylrisiko Zug, ATTAC, eth-Christlicher Friedensdienst, Christlich-sozialer Partei CSP Comedia-Die Mediengewerkschaft, Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz DJS, FEKAR-Föderation der kurdischen Kulturvereine in der Schweiz, Juso Schweiz, Junge Grüne Schweiz, Partei der Arbeit der Schweiz, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Syndicat Interprofessionnel de travailleurs et travailleuses SITE, Travail Suisse, vpod, Unia (Stand 15.1.2004)

### Unterstützen Sie die Referenden!

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_

- Senden Sie mir \_\_\_\_\_ zusätzliche Unterschriftenbogen
- Nehmen Sie mich in den Email-Verteiler zum Referendum auf, damit ich auf dem Laufenden bin.
- Ich unterstütze die Kampagne mit \_\_\_\_\_ Franken, schicken Sie mir einen Einzahlungsschein (PC 30-171066-8)
- Ich würde in einem Regionalkomitee beim Unterschriften sammeln helfen.

**Senden Sie diesen Bogen sofort zurück, auch wenn nur eine Person unterschrieben hat!**

## Asylgesetzrevision Nein Nein zum unmenschlichen Asylgesetz!

Das revidierte Asylgesetz ist unmenschlich und schafft neue Probleme: Es bringt Menschen in Not, die dringend Hilfe brauchen. Verfolgte, die keine Pässe haben, werden künftig ohne Asylverfahren weg gewiesen. Dies verletzt internationales Recht. Unbegleitete Kinder, Traumatisierte, Kranke und ganze Familien landen auf der Strasse. Sie werden ins Elend getrieben. Das widerspricht der humanitären Tradition, auf die wir zu recht stolz sind. Beugehaft für Jugendliche missachtet die Kinderrechte. Gefängnis bis zu zwei Jahren ist teuer und fördert die Rückkehr nicht. Städte, Kantone, Gemeinden bezahlen die Rechnung für diese verfehlte Flüchtlingspolitik.

Dagegen wehren wir uns!

**Wichtig: Unterschreiben Sie auf der Rückseite beide Referenden!**

Beilage 3002

**A**

Bitte frankieren  
Affranchir s.x.p.  
Affrancare per  
favore

**Bitte sofort zurücksenden  
per A-Post!**

**Referendumskomitee  
AuG und AsylG  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern**

## Referendum gegen das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die AusländerInnen und Ausländer (AuG) Gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung

www.auslaendergesetz-nein.ch

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59ff, dass das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) der Volksabstimmung unterbreitet wird. Auf dieser Liste können **nur Stimmberechtigte** unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

KANTON:	PLZ:	Politische Gemeinde:			Kontrolle (per Liste)
NAME <small>(handschriftlich und möglichst in Blockschrift)</small>	Vorname	Genaues Geburtsdatum <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse (Strasse und Nr.)	Eigenhändige Unterschrift	
1					
2					
3					
4					
5					

### Ablauf der Referendumsfrist: 6. April 2006

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende \_\_\_\_ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in den Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson

(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: .....

Datum: .....



.....

.....

## Wichtig: Unterschreiben Sie beide Referenden!

Senden Sie den Doppelbogen unzertrümmert und gefaltet auch mit einer einzigen Unterschrift **sofort** zurück per A-Post an: Referendumskomitee, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern.

WICHTIG: Nicht auseinander schneiden, nur falten, zusammenkleben, und abschicken. Nicht auseinander schneiden!

## Referendum gegen die Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes (AsylG) Nein zum unmenschlichen Asylgesetz!

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59ff, dass die Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes (AsylG) der Volksabstimmung unterbreitet wird. Auf dieser Liste können **nur Stimmberechtigte** unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

KANTON:	PLZ:	Politische Gemeinde:			Kontrolle (per Liste)
NAME <small>(handschriftlich und möglichst in Blockschrift)</small>	Vorname	Genaues Geburtsdatum <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse (Strasse und Nr.)	Eigenhändige Unterschrift	
1					
2					
3					
4					
5					

### Ablauf der Referendumsfrist: 6. April 2006

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende \_\_\_\_ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in den Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson

(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: .....

Datum: .....



.....

.....

Das Doppel-Referendum wird unterstützt von (Stand 15. I. 2006): Grüne Schweiz, FIMM Forum für die Integration der MigrantInnen, Solidarité sans frontières, A Gauche Toute! AL-PiA-Solidarité-JA!, Association suisse des Centres sociaux protestants, Asylbrücke Zug, ATTAC, cfd-Christlicher Friedensdienst, Christliche Partei, Gewerkschaft, Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz DJS, FEKAR - Föderation der kurdischen Kulturvereine in der Schweiz, Junge Grüne Schweiz, Partei der Arbeit der Schweiz, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Syndicat interprofessionnel de travailleurs et travailleuses SIT, Travail Suisse, vpod, Unia. Doppelbogen auch teilweise ausgefüllt **umgehend per A-Post zurücksenden** an: Referendumskomitee AuG und AsylG, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern, das die Stimmrechtsbescheinigung besorgt. Weitere Bogen herunterladen unter [www.doppelreferendum.ch](http://www.doppelreferendum.ch).



Nachruf auf Meta Scholer

## Eine langjährige Kämpferin ist tot

Meta Scholer, unsere langjährige Mitkämpferin für die Rechte von Flüchtlingen und Sans-papiers, ist am 3. Januar 2006 verstorben. Lange Zeit hat sie im Vorstand von Solidarité sans frontières mitgewirkt und war gleichzeitig in der lokalen Basisarbeit engagiert. 1999 übernahm sie die Führung des neu gegründeten Solidaritätsnetzes der Region Basel – dies obwohl sie gleichzeitig noch ihren schwer kranken Mann Hans Scholer bis zu dessen Tod im Jahr 2000 pflegte. Sie stand dem Solidaritätsnetz bis im Frühjahr 2005 bevor. Selbst im vergangenen Jahr, als Meta sich wegen ihrer Krankheit schon sehr müde fühlte, hat sie das Solinetz regelmässig für Sitzungen bei sich empfangen und regen Anteil am Schicksal von Ausgegrenzten genommen.

Meta Scholer setzte immer sofort um, was sie sagte, und machte sich unerschrocken auf den Weg zu ihren Zielen. Noch vor dem Aufbruch der Sans-papiers-Bewegung im Jahr 2001 hat sie als Fürsprecherin von Sans-papiers bei der Führung des Basler Polizeidepartements vorgeschlagen und gleichzeitig ein Netz von ÄrztInnen aufgebaut, welche Sans-papiers gratis oder zu günstigen Tarifen medizinisch versorgten. Während der Basler Legalisierungsaktion von Sans-papiers im Jahr 2002 war sie eine der wenigen Dossier-SchreiberInnen, deren MandantInnen eine Aufenthaltsbewilligung erhielten. Mit ihrem trockenen Humor hat sie ohne viel Aufhebens unablässig einen neuen Anlauf genommen, um Unerträgliches zu lindern und Unsägliches anzuprangern. Von Meta sind in der Basler Zeitung bis kurz vor ihrem Tod immer wieder kritische Leserinnenbriefe



erschienen. Auf Ihre Todesanzeige schrieb sie: «Wir Schweizer und Schweizerinnen leben in einem sicheren Land. Niemand muss hungern – niemand muss sich ängstigen, kein Dach über dem Kopf zu haben. Dieses ganz unverdiente Glück erfüllt uns mit Dankbarkeit und verpflichtet, für diejenigen etwas zu tun, die vom Schicksal weniger begünstigt sind.»

Meta Scholer, Krankenschwester und Hebamme von Beruf, hat sechs Kinder grossgezogen, ein offenes Haus geführt und sich auch in friedens-, frauen- und umweltpolitischen Bewegungen engagiert. Stets hatte sie einen Petitions- oder Referendumsbogen zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Anliegen bei sich – sie war wohl eine der effizientesten UnterschriftensammlerInnen. An

alle mögliche Anlässe brachte sie stets einen selbst gebackenen Gugelhopf mit, um dem beschwerlichen Engagement auch eine genüssliche Seite abzugewinnen. Ihren MitstreiterInnen den Rücken zu stärken, war ihr wichtig. Mit allen Kräften hat sie ihren Mann unterstützt, der nach der Pensionierung seine ganze Zeit im Rahmen der Freiplatzaktion Basel in ein Bleiberecht von tamilischen Flüchtlingen investierte und damit im Jahr 2000 mit der «Humanitären Aktion» Erfolg hatte. Meta und Hans Scholer gehören zu jener Sorte von Menschen, ohne die die Asyl- und Sans-papiers-Bewegung ihre Unbeirrbarkeit und Stärke nicht aufrechterhalten könnte.

Anni Lanz

## Kurz berichtet

### Schweiz:

#### 54% der Asylsuchenden offiziell schutzwürdig

Die Zahl der Asylgesuche ist 2005 auf den niedrigsten Stand seit 1986 gesunken. In seiner Asylstatistik verzeichnet das Bundesamt für Migration (BFM) 10 961 Gesuche, das sind 29,4 Prozent weniger als 2004.

Das BFM fällte im vergangenen Jahr 12 695 erstinstanzliche Entscheide: 40,3 Prozent der Betroffenen wurden vorläufig aufgenommen, 13,6 Prozent erhielten Asyl. Rund zwei Drittel der neu als Flüchtlinge Anerkannten erhielten diesen Status auf dem Wege des Familiennachzugs. Von den 2235 Wiedererwägungsgesuchen wurden 23,9 Prozent gutgeheissen.

Das BFM feiert den Rückgang der Gesuche als Ergebnis seiner «konsequenten Asylpolitik», insbesondere der schnellen Bearbeitung schon in den Empfangszentren und des Sozialhilfe-Ausschlusses, der bisher «nur» diejenigen trifft, die einen Nichteintretensentscheid erhalten. Das waren im letzten Jahr 2530 Personen.

Tatsächlich ist die Zahl der neuen Asylgesuche in fast allen Ländern Westeuropas rückläufig. Die Kriege in Kosovo und in Bosnien sind militärisch ruhig gestellt, Flüchtlinge von ausserhalb Europas wehrt die EU im Zusammenspiel mit ihren Partnern (unter anderem an der Südküste des Mittelmeers) ab.

### Deutschland:

#### Anerkennungsquote unter ein Prozent

Dass der Rückgang der Asylgesuche nicht automatisch zu einer höheren Anerkennungsquote führt, zeigt die deutsche Asylstatistik. 28 900 Flüchtlinge beantragten im Jahre 2005 in Deutschland Asyl, fast 19 Prozent weniger als im Jahr davor. Die Zahl der Gesuche ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 1983. Von den rund 48 000 Entscheiden des deutschen Bundesamts für Migration endeten gerade 411 (0,9 Prozent) in einer Anerkennung. 2710 Flüchtlinge erhielten «vorläufigen Abschiebeschutz». Konjunktur haben dagegen die Verfahren zum Widerruf des Flüchtlingsstatus: Die deutschen Asylbehörden entzogen im vergangenen Jahr rund 17 000 Flüchtlingen, insbesondere aus Afghanistan und dem Irak, die Anerkennung. Viele von ihnen müssen nun mit der Ausweisung und gegebenenfalls Ausschaffung rechnen.

#### Nach Italien zurückgeschafft

Hundert Polizisten waren im Einsatz, um in den frühen Morgenstunden des 17. Januars 2006 62 Flüchtlinge aus dem sudanesischen Bürgerkriegsgebiet Darfur zu fesseln, aus der Empfangsstelle in Chiasso herauszuholen und in Bussen auf die andere Seite der Grenze zurückzuschaffen. Laut den Tessiner Behörden sei die zwangsweise Rückschaffung erforderlich gewesen, weil die Betroffenen erklärtermassen nicht freiwillig nach Italien zurückkehren wollten. Eine Woche zuvor hatte das Grenzwachtkorps die Männer in der Nähe von Chiasso bei der «illegalen Einreise» aufgegriffen.

Sie waren auf dem Weg nach Genf, um beim UNHCR gegen ihre miserablen Lebensbedingungen in Italien zu protestieren. Bis zur Entscheidung über

ihr Asylgesuch verfügen die 62 zwar in Italien über eine vorläufige Aufenthaltbewilligung. Der italienische Staat gibt aber seit den jüngsten Gesetzesänderungen keine finanziellen Hilfen mehr. Kurz nach Weihnachten hatte die italienische Polizei das abbruchreife Haus in Milano geräumt, wo sie und weitere Flüchtlinge aus dem Sudan, Eritrea und Äthiopien Unterschlupf gefunden hatten. Daraufhin hatte man sie in Containern am Stadtrand untergebracht.

*(Quelle: Le Courrier, 16.1.2006)*

## Kiosk

### «und plötzlich standen sie da»

20 Jahre Freiplatzaktion Basel: Über die ganze Zeit ihres Bestehens hinweg musste die Freiplatzaktion stets den Verhärten des schweizerischen Asylrechts entgegentreten», schreibt Petra Leuenberger in ihrem kurzen Rückblick – zu finden in der Ende 2005 erschienenen Jubiläumsschrift. Zwei Jahrzehnte nach Beginn der Massenflucht von TamilInnen aus Sri Lanka zeigt die Freiplatzaktion Basel, dass sie nicht nur feiern will. Das 120-seitige Buch enthält neben kritischen Beiträgen zur eigenen Geschichte einen Rückblick auf die Geschichte der Repression und des Bürgerkrieges in Sri Lanka, Gespräche mit hier lebenden TamilInnen und zwei Beiträge aus der Sicht der Gegenseite: Ein sehr verharmlingendes Editorial von Peter Arbenz, dem seinerzeitigen Delegierten für das Flüchtlingswesen, sowie ein längerer Beitrag von Stephan Parak, dem heutigen Sektionschef im Bundesamt für Migration. Man mag darüber streiten, ob eine Flüchtlingsorganisation den

### Grossdemo 17. Juni 2006

## Freiwillige HelferInnen gesucht!

Für die Grossdemo vom 17. Juni 2006 in Bern (S. 12) suchen wir freiwillige HelferInnen für folgende Aufgaben: Bühnenauf- und abbau, Verteilen von Flugblättern, Verkaufen von Buttons, Tragen von Transparenten, Sicherheitsdienst, Platzreinigung. Zudem werden HelferInnen gesucht, welche uns vorab helfen, Transparente und Schilder herzustellen.

Am einfachsten melden Sie sich direkt bei [demo@sosf.ch](mailto:demo@sosf.ch) oder telefonisch auf dem Sekretariat.

Behörden so viel Raum geben soll, damit diese zum x-ten Mal ihre Sichtweise rechtfertigen kann. Interessant ist dieser Beitrag allemal: als Erinnerung daran, dass die offizielle Asylpolitik und die Asylbehörden mehrmals die Pausen im srilankischen Bürgerkrieg zu nutzen versuchten, um die Flüchtlinge zurückzuschaffen. Nur gerade zwei Prozent der tamilischen Flüchtlinge in der Schweiz erhielten Asyl, die meisten blieben in der «vorläufigen Aufnahme» hängen, bis ihr Aufenthaltsstatus mit der «Humanitären Aktion 2000» reguliert wurde.

*«und plötzlich standen sie da». 20 Jahre Freiplatzaktion Basel, Basel (Eigenverlag) 2005, 120 S., Fr. 20.–*

*Erhältlich bei der Freiplatzaktion Basel, Tel. 061 691 11 33, [infos@freiplatzaktion-basel.ch](mailto:infos@freiplatzaktion-basel.ch)*



*Ein Ausgeschaffter zeigt die Reste der Fesseln, die ihm die Guardia Civil angelegt hatte*

## Lesenswert

### **Annemarie Hartmann: Krank und ohne Hilfe**

Erfahrungsbericht zur medizinischen (Nicht-)Versorgung und zu den krankmachenden (Über-)Lebensbedingungen von Flüchtlingen mit Nicht-Eintretensentscheid.

*In: Soziale Medizin Heft 3/2005, S. 6 – 7.*

*Das Heft ist erhältlich für Fr. 19.– bei Soziale Medizin, Postfach, 4007 Basel, Tel. und Fax 061 691 13 32*

### **Secondas – sichtbar und vielfältig**

*Olympe – feministische Arbeitshefte zur Politik, Heft 22, Fr. 21.–;*

*Erhältlich bei Olympe, Gemeindestr. 62, 8032 Zürich, Fax 01 525 86 30, [bestellungen@olympheft.ch](mailto:bestellungen@olympheft.ch)*

### **Schwerpunktheft Migration**

Beiträge zur theoretischen Debatte über die «Autonomie» der Migration, zum neuen Migrationsregime in Südosteuropa, zur «Flüchtlingskrise» in Polen, zur Situation russischer Immigranten in der BRD, zur wirtschaftlichen Bedeutung der Rücküberweisungen salvadorianischer Flüchtlinge aus den USA u.a.m.

*Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 140, 160 Seiten, Euro 10,50. Über [www.prokla.de](http://www.prokla.de) oder beim Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, D-48155 Münster, Tel. 0049 251 3900 480*

### **Unia-Jugend gegen Rassismus am Arbeitsplatz**

Praktischer kleiner Ratgeber mit nützlichen Tipps und Kontaktadressen; 44 Seiten, in Deutsch, Französisch, Italie-

nisch, Spanisch, Portugiesisch, Türkisch, Albanisch, und Serbisch,

*Erhältlich auf [www.unia.ch/jugend/](http://www.unia.ch/jugend/) oder beim Unia Zentralsekretariat, Migrationspolitik, Weltpoststrasse 20, CH-3000 Bern 15, Tel. 031 350 2 11*

ORANISOFFSET

**Grafik/Satz/Druck  
Weiterverarbeitung**

Oranis Offset  
Hohenbühlweg 4  
7002 Chur

Fon: 081 252 45 92  
Fax: 081 253 63 03  
E-Mail: [oranis@spin.ch](mailto:oranis@spin.ch)

# Veranstaltungshinweise

*Bitte teilen Sie uns  
Adressänderungen  
umgehend mit.  
Sie ersparen uns damit  
teure Posttaxen.*

17. Juni 2006, Bern

## Grossdemo «2xNEIN zu Fremdenfeindlichkeit und Blocherpolitik»



Letztes Jahr war die Demo «wir sind die schweiz.» ein riesiger Erfolg. Für dieses Jahr streben wir ein noch grösseres Bündnis an aus im Asyl- und AusländerInnenbereich engagierten Organisationen, Gewerkschaften und Kulturschaffenden. Die Demo findet wieder am Flüchtlingstag in Bern statt und steht natürlich auch im Zeichen des Doppelreferendums.

Infos: [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch)



5.-7. Mai 2006, St. Gallen

## 12. Bodensee-Kirchentag «In der Vielfalt zuhause»



Ökumenisches Treffen von Christinnen und Christen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Mit Workshops unter anderem zu «Solidaritätsnetz Ostschweiz und Asylpolitik», «Anti-Schwarzer Rassismus», «Geschichte einer türkischen Migrantin».

Infos: [www.bodensee-kirchentag.ch](http://www.bodensee-kirchentag.ch)

5. Mai 2006, Bern

## Vollversammlung von Solidarité sans frontières



An der diesjährigen Sosf-Vollversammlung stellt sich Marie-Claire Caloz-Tschopp, die als neue Ko-Präsidentin von Sosf vorgeschlagen wird, mit einem Referat vor. Wir diskutieren die Strategien von Sosf im Abstimmungskampf gegen AuG- und Asylgesetz-Verschärfung. Weitere Traktanden: Jahresrechnung 2005 und Budget 2006 18.30 bis ca. 21.30 Uhr im Dreifsaal Dreifaltigkeitskirche, Sulgeneckstrasse 13, Bern. Offen für alle Mitglieder: Danke für Ihre Voranmeldung ans Sekretariat!

### impresum

Erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe: 3600 deutsch /  
850 französisch

Beglaubigte Auflage gemäss WEMF: 3'226 Ex.  
deutsch / 583 Ex. französisch

Satz/Gestaltung: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Oranis Offset, Chur

Versand: Toleranz95, Chur

Redaktion: Heiner Busch, Balthasar Glättli,  
Manuela Reimann Graf

Übersetzungen: Olivier von Allmen

Lektorat: Sosf

Fotos: Helena Maleno, Mugak

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
14. April 2006.

Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu  
kürzen

Mitgliederbeitrag 2006 inkl. Abo:

Fr. 60.– Verdienende / Fr. 90.– Paare /

Fr. 30.– Nichtverdienende /

Organisationen Fr. 100.–

Nur Abo Einzelpersonen Fr. 25.– /

nur Abo Organisationen Fr. 45.–

Herausgeberin: Solidarité sans frontières,

Neuengasse 8, 3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon: 031 311 07 70

Fax: 031 311 07 75

e-mail: [sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch) / [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

PC-Konto: 30-13574-6